

Antrag 30/II/2025**KDV Steglitz-Zehlendorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Nothilfefonds und Unterstützungsinfrastruktur für das queere Freizeit- und Nachtleben einführen**

1 Die SPD-Mitglieder des Berliner Senats und die SPD-Fraktion Berliner Abgeordnetenhaus werden aufgefordert
 2 in enger Abstimmung mit den relevanten Akteur*innen
 3 der Wirtschaft und Zivilgesellschaft einen Nothilfefonds
 4 für queeres Nachtleben in Berlin einzuführen. Ziel des
 5 Fonds soll es sein, dass in wirtschaftliche Bedrägnis ge-
 6 ratene oder durch Angriffe zu Schaden gekommen Ein-
 7 richtungen des queeren Freizeit- und Nachtlebens vor der
 8 Schließung bewahrt werden können. Hierfür soll ein Kri-
 9 terienkatalog erarbeitet werden, der regelmäßig evaluiert
 10 werden soll und bspw. Standortrelevanz, Kulturangebote,
 11 Beratungsangebote, gute Arbeitsbedingungen und Dis-
 12 kriminierungsfreiheit. Maßgeblich soll der Schutz von alt-
 13 gedienten Standorten und Sicherung von Angeboten und
 14 Arbeitsplätzen sein. Berechtigt sein sollen bspw. Clubs,
 15 Bars oder Kultureinrichtungen oder sonstige Standorte,
 16 die queere Freizeit- und Kulturangebote bereitstellen. Der
 17 Fonds soll solidarisch von den Einrichtungen und/oder,
 18 die es sich leisten können und dem Abgeordnetenhaus fi-
 19 nanziert werden. Der Fonds soll Härten wie Mietexplosio-
 20 nen, Klageprozesse oder gewalttätige Zerstörungen abfe-
 21 dern und die Möglichkeit wirtschaftlicher Konsolidierung
 22 oder eines Umzugs beim größtmöglichen Erhalt von An-
 23 geboten zu erschwinglichen Preisen und Arbeitsplätzen
 24 ermöglichen.

26

27 Ebenfalls sollen bei der zuständigen Senatsverwaltung
 28 oder den Bezirken Beratungsangebote bei Mietrechtsfra-
 29 gen oder Wirtschaftlichkeitsproblemen eingerichtet wer-
 30 den, die sich explizit an queere Kultur- und Freizeiteinrich-
 31 tungen richten.

32

33 Senat und Fraktion sollen sich weiterhin gegenüber der
 34 Bundesebene (SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag,
 35 Bundesregierung, im Bundesrat) für die zügige Einfüh-
 36 rung eines Gewerbemietendeckels einsetzen. Gemein-
 37 sam mit den Bezirken soll weiterhin an tragfähigen Lärm-
 38 schutzkonzepten unter Einbeziehung der aktuellen Recht-
 39 sprechung gearbeitet werden und das Vorkaufsrecht, wo
 40 möglich, genutzt werden.

41

Begründung

43 Die SPD-Mitglieder des Berliner Senats und die SPD-Fraktion Berliner Abgeordnetenhaus werden aufgefordert
 44 in enger Abstimmung mit den relevanten Akteur*innen
 45 der Wirtschaft und Zivilgesellschaft einen Nothilfefonds
 46 für queeres Nachtleben in Berlin einzuführen. Ziel des
 47 Fonds soll es sein, dass in wirtschaftliche Bedrägnis ge-

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Die SPD-Mitglieder des Berliner Senats und die SPD-Fraktion Berliner Abgeordnetenhaus werden aufgefordert in enger Abstimmung mit den relevanten Akteur*innen der Wirtschaft und Zivilgesellschaft einen Nothilfefonds für queeres Nachtleben in Berlin einzuführen. Ziel des Fonds soll es sein, dass in wirtschaftliche Bedrägnis ge- ratene oder durch Angriffe zu Schaden gekommen Ein- richtungen des queeren Freizeit- und Nachtlebens vor der Schließung bewahrt werden können. Hierfür soll ein Kriterienkatalog erarbeitet werden, der regelmäßig evaluiert werden soll und bspw. Standortrelevanz, Kulturangebote, Beratungsangebote, gute Arbeitsbedingungen und Dis- kriminierungsfreiheit. Maßgeblich soll der Schutz von alt- gedienten Standorten und Sicherung von Angeboten und Arbeitsplätzen sein. Berechtigt sein sollen bspw. Clubs, Bars oder Kultureinrichtungen oder sonstige Standorte, die queere Freizeit- und Kulturangebote bereitstellen. Der Fonds soll solidarisch von den Einrichtungen und/oder, die es sich leisten können und dem Abgeordnetenhaus fi- nanziert werden. Der Fonds soll Härten wie Mietexplosio- nen, Klageprozesse oder gewalttätige Zerstörungen abfe- dern und die Möglichkeit wirtschaftlicher Konsolidierung oder eines Umzugs beim größtmöglichen Erhalt von An- geboten zu erschwinglichen Preisen und Arbeitsplätzen ermöglichen.

Ebenfalls sollen bei der zuständigen Senatsverwaltung oder den Bezirken Beratungsangebote bei Mietrechtsfra- gen oder Wirtschaftlichkeitsproblemen eingerichtet wer- den, die sich explizit an queere Kultur- und Freizeiteinrich- tungen richten.

Für akut in wirtschaftliche Not geratene queere Clubs soll es ein niedrigschwelliges finanzielles Förderprogramm zur wirtschaftlichen Soforthilfe geben.

Senat und Fraktion sollen sich weiterhin gegenüber der Bundesebene (SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Bundesregierung, im Bundesrat) für die zügige Einfüh- rung eines Gewerbemietendeckels einsetzen. Gemein- sam mit den Bezirken soll weiterhin an tragfähigen Lärm- schutzkonzepten unter Einbeziehung der aktuellen Recht- sprechung gearbeitet werden und das Vorkaufsrecht, wo möglich, genutzt werden.

49 ratene oder durch Angriffe zu Schaden gekommen Ein-
50 richtungen des queeren Freizeit- und Nachtlebens vor der
51 Schließung bewahrt werden können. Hierfür soll ein Kri-
52 terienkatalog erarbeitet werden, der regelmäßig evaluiert
53 werden soll und bspw. Standortrelevanz, Kulturangebote,
54 Beratungsangebote, gute Arbeitsbedingungen und Dis-
55 kriminierungsfreiheit. Maßgeblich soll der Schutz von alt-
56 gedienten Standorten und Sicherung von Angeboten und
57 Arbeitsplätzen sein. Berechtigt sein sollen bspw. Clubs,
58 Bars oder Kultureinrichtungen oder sonstige Standorte,
59 die queere Freizeit- und Kulturangebote bereitstellen. Der
60 Fonds soll solidarisch von den Einrichtungen und/oder,
61 die es sich leisten können und dem Abgeordnetenhaus fi-
62 nanziert werden. Der Fonds soll Härten wie Mietexplosio-
63 nen, Klageprozesse oder gewalttätige Zerstörungen abfe-
64 dern und die Möglichkeit wirtschaftlicher Konsolidierung
65 oder eines Umzugs beim größtmöglichen Erhalt von An-
66 geboten zu erschwinglichen Preisen und Arbeitsplätzen
67 ermöglichen.

68
69 Ebenfalls sollen bei der zuständigen Senatsverwaltung
70 oder den Bezirken Beratungsangebote bei Mietrechtsfra-
71 gen oder Wirtschaftlichkeitsproblemen eingerichtet wer-
72 den, die sich explizit an queere Kultur- und Freizeiteinrich-
73 tungen richten.

74
75 Senat und Fraktion sollen sich weiterhin gegenüber der
76 Bundesebene (SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag,
77 Bundesregierung, im Bundesrat) für die zügige Einfüh-
78 rung eines Gewerbemietendeckels einsetzen. Gemein-
79 sam mit den Bezirken soll weiterhin an tragfähigen Lärm-
80 schutzkonzepten unter Einbeziehung der aktuellen Recht-
81 sprechung gearbeitet werden und das Vorkaufsrecht, wo
82 möglich, genutzt werden.